K-5 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	10.12.2020
Tagesordnungspunkt:	K-5 Kapitel 5

5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass Strukturen der Diskriminierung und Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Uns ist bewusst: Menschen, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus verlernen. Menschen, die in unserer Gesellschaft von Rassismus betroffenen sind, müssen sichtbar werden und zu Wort kommen können – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das wäre ein wichtiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker an politischen Entscheidungen beteiligen und dazu in allen Bezirken und auf Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die sich temporär zu bestimmten Themen bilden und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen

Politik für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA – und wir sind erfolgreich. In der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich. Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Wir prüfen einen verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz, damit sich alle Parteien verpflichten, deutlich mehr Frauen in die Parlamente zu schicken, mit dem Ziel einer Ergebnisparität im Abgeordnetenhaus.

Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein achtes Frauenhaus, denn die Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen

und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

Für uns ist klar, Feminismus geht nicht ohne Queer und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung. Wir denken und handeln deshalb „intersektional", indem wir die Verschränkungen verschiedener Diskriminierungsformen in den Blick nehmen. Und so verstehen wir auch unsere Queerpolitik. Wir unterstützen queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen.

Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat

Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können, Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtestärkungspaket haben wir das größte innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen und gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen Reihen schonungslos aufdeckt und so vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder linksradikale Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine klare gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.

Wir errichten ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte Polizist*innen entschädigt und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr und Polizei wurden deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr ist in der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen.

Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke im Allgemeinen Vollzugsdienst wieder erreicht, Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn abzudrehen und Vermögen

einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet. Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass Lebensmittel nicht verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes erfüllen. Um die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

Kulturhauptstadt Berlin

Die Welt beneidet Berlin um seine Kunst- und Kulturszene – die freie Szene, die Clubkultur, die vielen Museen, Kinos und Theater. Kunst und Kultur brauchen Freiheit, aber auch eine auskömmliche öffentliche Förderung und hinreichend Räume. Infolge der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Umso mehr kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentanz der gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanzen und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und -förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben.

Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen

Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung. Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer Sorge. Das Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Polen, Ungarn und anderen Ländern droht die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die LSBTIQ*-freien Zonen, die die rechte Regierung Polens vorantreibt, sind ein dramatisches Beispiel dieser Entwicklung. Wir arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufbauen zu können. Wir machen Berlin im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten zu einer guten Heimat für all diejenigen, die in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen.

5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen Diskriminierung

Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen. Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen. Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der

Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft und gegen Stigmatisierung. Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten Diversity-Landesprogramm wird die Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann. Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter, Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und Romnja* ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe, gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und staatlichen Institutionen.

Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen

Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen identifiziert und abgebaut werden. Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity Landesprogramm stetig fortentwickeln. Wir wollen in den Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.

In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen Zuschreibungen betroffenen Gruppen in der Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentanz von Schwarzen Menschen und People of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen im öffentlichen Dienst fördern. Dabei streben wir eine Repräsentanz entsprechend der Bevölkerung an und gehen aktiv auf die Stadtgesellschaft zu, um die Berliner Verwaltung als Arbeitgeberin zu bewerben. Dabei machen wir uns eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen dies absolut notwendig ist.

Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen

Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt." weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber, dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode

einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen, Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im Diversity-Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus, Antisemitismus, Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung, interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den Sicherheitsbehörden und der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und Jurist*innen. Uns ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind – u. a. Schwarze Menschen, als türkei- und arabischstämmig wahrgenommene Menschen, Sintize* und Romnja* –, bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen

Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken. Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung gestalten; für Menschen, die seit Jahren hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein Ausschlusskriterium sein. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben. Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt. Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte, Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben. Beispielsweise sollen Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Moscheegemeinden, Cem-Häuser, Synagogen
und Kirchengemeinden, die ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez öffnen, gefördert werden.

Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf sehen. So wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die Ablösung der historischen Staatsleistungen treten.

5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den Frauen

Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats- und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen" prüfen wir einen verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz. Nur so erreichen wir langfristig eine faire, geschlechtergerechte Politik.

Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen

In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen" von Frauen landeten. Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und Bezirksverwaltungen begonnen hat. Wir haben dem trägen Gender-Budgeting-Prozess in Senats- und Bezirksverwaltungen durch einen Haushaltsbeschluss einen neuen Impuls gegeben und konnten erste Fortschritte erzielen. Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns für ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminisierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben

Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt.Besonders lesbische Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, Trans*, Inter*, Schwarze Frauen und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige Folgen für deren Gesundheit hat.

Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz, dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein achtes Frauenhaus. Auch die Beratung von Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein Expert*innengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das Thema sensibilisiert.

Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention stärken.

Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen und nichtbinäre Personen nicht mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen Frauen als solche zu kennzeichnen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer umfassenden Studie wollen wir Frauenfeindlichkeit in Berlin untersuchen, um mit den Ergebnissen langfristige Maßnahmen gegen misogyne Gewalt zu entwickeln. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen mehrsprachigen Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten und die Vorgaben der Istanbul-Konvention konsequent umzusetzen. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

Selbstbestimmte Sexarbeit ermöglichen. Zwangsprostitution bekämpfen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung und -versorgung nachbessern. Essentiell ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter*innen einbezogen werden. Mit Blick auf bekannte Straßenstriche ist es unerlässlich, auch die Perspektiven von Anwohner*innen zu berücksichtigen. Der von uns unter rot-rot-grün einberufene Runde Tisch Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben, evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen.

Es gibt Überschneidungen zwischen Sexarbeit als selbstbestimmter Tätigkeit und sexueller Ausbeutung als Teil der organisierten Kriminalität. In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

Gesundheit – endlich geschlechtergerecht

Die Gesundheitsversorgung von Frauen und nicht-binären Personen werden wir verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Frauenärzt*innen in allen Bezirken zu sichern und den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten. Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir in Kreißsäle investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht haben und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche erleichtern.

Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und gezielt sowohl cis- als auch trans*-Frauen, nicht-binäre Personen und queere Personen in der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe

wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von cis- wie von trans*-Frauen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen Gesundheit zu sensibilisieren.

Auftrag an die Bundesregierung

Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den Gender Care Gap und den Gender Pay Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende des Ehegattensplittings kämpfen wir auf Bundesebene.

5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden, zum Beispiel Schwarze oder muslimische queere Menschen. Für uns ist klar, queer geht nicht ohne Feminismus und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung – unsere Queerpolitik ist „intersektional".

Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern

Wir haben die ganze Stadt im Blick und wollen, dass es in allen Bezirken queere Infrastruktur gibt. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Angebote dazugekommen sind, sei es das erste queere Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle queere Bildung oder seit 2018 der Preis für lesbische* Sichtbarkeit zur Würdigung des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen, insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ* in allen Einrichtungen mitgedacht werden. Egal ob Familienzentrum, Senior*innenheim oder Jugendclub – wir wollen, dass es Angebote für LSBTIQ* gibt. Einrichtungen vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe.

Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt, diskriminiert und tätlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt" (IGSV) erweitert.

Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom

Wohnort abhängen. Wir haben verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas und Schulen muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt stärker gelebt werden können. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die „Fachstelle queere Bildung", die Initiative „Schule in Vielfalt" und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte der zuständigen Senatsverwaltung.

Lesbische Sichtbarkeit stärken

In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben, lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Zudem werden wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben. Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin

Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans*-, inter* und nicht-binäre Menschen ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir die selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers" konsequent und gleichberechtigt in allen öffentlichen Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive der Anpassung aller Formulare.

Queere Rechte in Europa und weltweit

Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ*-freien Zonen in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network" setzen wir uns im Ausland in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

5.4 Freiheit schützen und bewahren

Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen Berliner*innen ist gemeinsam, dass sie selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und des Rechtsstaates aufgegeben.

Mit einem großen Freiheitsrechtestärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen. Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir weiter.

Prävention ist der beste Weg

Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Aufklärungs- und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und klar strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder Sozialämtern. Prävention bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen werden. Uns geht es darum, gesellschaftliche Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen, möglichen Täter*innen Alternativen zu bieten und frühzeitig Grenzen aufzuzeigen, um sie von einer kriminellen Karriere abzubringen.

Polizei vor Ort stärken

Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir wollen noch mehr Polizist*innen auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt

Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden wir die Polizei jünger, weiblicher und diverser machen. Wir werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung und rassistische Tendenzen in der Polizei werden wir untersuchen und mit allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.

Handeln zählt

Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der

Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir verdachtsunabhängige Kontrollen ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder persönlicher Eigenschaften.

Wer Ziel einer polizeilichen Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft bedrängt und unter unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweispflichten einführen, so dass jede*r weiß, warum er*sie beispielsweise kontrolliert wurde und welche Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und stärkt die Arbeit der gesamten Polizei.

Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir genau untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

Sicherheitsbehörden stärken

Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten werden wir familienfreundlicher machen, die Gesundheit der Beamt*innen besser schützen, Millionen von Überstunden abbauen und die Ausstattung verbessern. Und natürlich werden wir Polizist*innen und Feuerwehrleuten, die im Dienst angegriffen werden, unsere Unterstützung geben.

Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat

Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und Privatsphäre aller. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber diese müssen klar definiert und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden sein. Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern zerstören das lebenswichtige Vertrauen in staatliche Institutionen.

Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden, staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen und Strukturen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und parlamentarische Kontrolle. Der Berliner Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren zwar wichtigen zusätzlichen Herausforderungen stellen, konnte beim islamistischen Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz und in der rechtsextremen Neuköllner Anschlagsserie aber nicht überzeugen und hat so weiter an Vertrauen verloren. Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu schaffen, setzen wir auf eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten Sicherheitsarchitektur. So lange lehnen wir zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ab.

5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat

Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt. Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach jahrzehntelangem Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit

dessen Umsetzung begonnen: Mit dem Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir insbesondere die Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundsaniert. Wir sind dabei, Richter*innen mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel geschafft, um die Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

Organisierte Kriminalität bekämpfen

Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden. Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Den eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit wollen wir weiter stärken.

Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen

Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können. Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern. Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter vorantreiben.

Opfer stärken

Rechts- und Sicherheitspolitik orientiert sich zu oft an Täter*innen. Wir wollen die Opfer stärker in den Blick nehmen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die psychosoziale Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit traumatische Folgen möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten. Sie soll psychologische Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer Anzeige bieten.

Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen

In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am

Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen, Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit spezifischer Facherfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie eingesetzt werden können. Vorerfahrungszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen Folgen der Schichtarbeit abzumildern. Um für genug Nachwuchs zu sorgen, wollen wir die Jurist*innenausbildung reformieren. Auch die Förderung von Frauen werden wir weiter stärken: mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch besetzten Gremien und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und Beförderungen ändern.

Rechtsstaat braucht Infrastruktur

Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden wir energetisch sanieren und den bereits begonnen Bau von Solaranlagen und Blockheizkraftwerk forcieren.

Digitalisierung voranbringen

Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung der Prozessgrundsätze.

Rechtsstaat für alle

Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein, dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist! Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete, werden wir weiterführen.

Gefangene werden Nachbar*innen

Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht. „Wegsperren!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten können und nicht rückfällig werden.

Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern.

Strafgefangene brauchen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere Betreuung vor und nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit einzigartige Projekt

„Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In den kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite Chance“ auch eine echte Chance.

Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden wir fortsetzen.

Strafrecht als „Ultima Ratio“

Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den Besitz von Cannabis wollen wir entkriminalisieren. Auch Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich aus dem Strafgesetzbuch verbannen. All das muss auf Bundesebene geregelt werden – wir bleiben dran.

5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz stärken

Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens. Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für die Berliner*innen möglich.

Demokratie heißt Vielfalt

Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen infrage stellen.

Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen

Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese

Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz, Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

Bürger*innenräte in Berlin einführen

Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirksebene und auch auf Landesebene sowie zu einzelnen thematischen Schwerpunkten Bürger*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

Stadtvertrag für Beteiligung

Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative, direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen, Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte, Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen, um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

Demokratische Initiativen stärken

Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen eine dauerhafte und verlässliche Förderung solcher Projekte und deshalb wollen wir mit einem Landesdemokratiefördergesetz dauerhafte Strukturen schaffen, um Engagement für Demokratie und Vielfalt, gegen Hass und Rassismus zu stärken. Vor allem wollen wir Präventionsangebote stärken sowie Anlaufstellen und Aussteigerprogramme verstetigen.

Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten

Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt Probleme anzugehen. Um das demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung unerlässlich. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken und insbesondere für junge Menschen und in Schulen ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken

Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Identität. Die Betroffenen fühlen sich oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.

Hass und politische Gewalt bekämpfen

Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir wollen damit insbesondere der Bedrohung jüdischen Lebens durch wachsenden Antisemitismus entgegentreten und Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten.

5.7 Berlin bleibt Kulturhauptstadt

Berlin ist eine Kulturhauptstadt. Kaum eine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Angebot an Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch diese Kunst- und Kulturmetropole ist unter Druck: Der übergroße Teil der Kulturschaffenden gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Steigende Mieten und Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit sich gebracht. Durch den Lockdown in der Corona-Pandemie haben zahllose freischaffende Künstler*innen und private Kulturorte von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren. Wir stehen für den Erhalt und Ausbau von Berlins einmaliger Kulturlandschaft: Wir haben mit Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung von Künstler*innen gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte Immobilienankäufe neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den Bezirken ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins weiter vorantreiben.

Kunst und Kultur brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend

Berlins Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und internationalen Ausstrahlung der Stadt. Gleichzeitig waren und sind Kunst und Kultur immer mehr als ein Wirtschaftssektor und deshalb auf öffentliche Förderung und Infrastruktur angewiesen.Daher wollen wir bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner Stadtentwicklungspolitik ganz generell kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund stellen. So, wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem Schwerpunkt Musik gesichert haben, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als künstlerische Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Wir werden auch weiterhin private Immobilien für diesen Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene und den Spartenverbänden weiterentwickeln. Bei Planung und dem Bau neuer Stadtquartiere müssen künstlerische Zwecke und die Schaffung kultureller Infrastruktur von vornherein mitberücksichtigt werden. Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer Kulturnutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner Verwaltung können außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und Aufführungsorte fungieren – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für die bezirkliche Musikschule oder Jugendkunstschule entstehen. Dabei denken wir Kunst und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich muss seinen Anteil an der Einsparung von CO_2-Emissionen auf dem Weg zu einer

klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere für die Museen und den Gastspiel- und Festivalbetrieb, die zu den größten Treibhausgas-Emittenten gehören. Deshalb unterstützen wir Konzepte für ein „Green Culture Desk“ und die Einrichtung eines entsprechenden Fonds.

Förderung der Freien Szene neu justieren

BerlinsFreie Szene war schon immer eine Art Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks- und Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalisierung dieser Szene allerdings schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen deshalb zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbänden und Kulturorte einer kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Dabei wollen wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der freien Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen.

Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik

Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte. Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen, die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir einen Anfang gemacht. Nun wollen wir die Förderpolitik nach Vorbild des New Yorker „Culture-Plan“ umbauen.

Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote.

Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft im Flughafen Tempelhof

Wir wollen kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Solo-Selbstständigen und freien Gruppen, fördern. Im Gebäude des Flughafens Tempelhof soll ein Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft entstehen, in dem Ateliers, Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Produktions- und Präsentationsstätten für Design, Mode, Architektur oder Games Platz finden. Alles, was dort produziert wird, soll unter dem Label „made in Berlin“ gezielt vermarktet und präsentiert werden. Dazu wollen wir als digitale Ergänzung eine landeseigene virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel wollen wir Raum für die Kreativwirtschaft schaffen.

Freiheit der Medien garantieren

Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die

Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln.

„Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen

Der Film entwickelt sich zunehmend zu einem Aushängeschild der Berliner Kulturlandschaft. Um hier ausgebildete Filmschaffende an Berlin zu binden, wollen wir ihnen in einem „Berlin-Jahr“ eine Anschlussförderung und in Kooperation mit der Filmwirtschaft Arbeitsangebote bieten. Um Möglichkeiten der Aus-, Weiter- und Fortbildung für Film- und Medienschaffende zu verbessern, wollen wir die Angebote der Medienanstalt Berlin-Brandenburg ausweiten. Dazu soll die Medienanstalt auch mit den Filmhochschulen kooperieren.

Clubkultur erhalten

Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um Nutzungskonflikte mit Anrainern zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln zu verschaffen, wollen wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkennen. Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der Clubkommission gegen Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen.

Decolonize!

Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der Dekolonisierunggeworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den postmigrantisch-diasporischen Communities und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit Initiativen wie „Decolonize Berlin e. V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute den Kolonialismus und die Kolonialverbrecher ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir auf Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie zur Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten werden, wie es im angelsächsischen Raum längst der Fall ist. Und wir fordern weiterhin die Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen und Sammlungsbestände ein. Koloniale Raubkunst und menschliche Überreste müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das proaktiv. Wir wollen außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür nutzen, eine

Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick

Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen mussten, und eine gute Heimat all denjenigen bieten, die in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein Leben aufbauen zu können.

Berlin ist sicherer Hafen

Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist, Solidarität zu zeigen und Menschen aufzunehmen. Bislang sind wir mit unserem Landesaufnahmeprogramm immer wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn. Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das Bundesinnenministerium klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete. Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ* und Familien unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen, die sie benötigen.

Eine echte Willkommensbehörde für Berlin

In Berlin ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es jetzt schon ist. Nun gilt es, diese Realitäten in Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Die Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen. Dazu gehört, dass die, die arbeiten oder sich bilden, auch bleiben können. Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung, berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird. Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent ausgeschlossen sein. Abschiebungen sollen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan, lehnen wir ab.

Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen immer wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur, Wissenschaft und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in Sicherheit zu leben. Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem gemeinsamen institutionellen Dach, einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein starkes Signal für den Schutz von Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum" entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung

Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und Importeure müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung Berlins als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren dafür erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine faire und ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über Computer und Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Lieferkettengesetz ein, damit Verbraucher*innen Transparenz erhalten und Umwelt- und Sozialstandards weltweit eingehalten werden.

Soziales Europa statt Ausbeutung

Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können. Auf Bundesebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft werden. In Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle Möglichkeiten geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

Partnerschaften in der Europäischen Union

Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen. Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für Klimaschutz, den humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus einsetzen, wollen wir weiter ausbauen und stärken. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um noch stärker den

Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

Europa in die Berliner Landesverfassung

In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein Bekenntnis zur Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen, wie es in vielen anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der Bürgermeister besser in die Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden werden. Die Europabeauftragten auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen wir vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt.

Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen

Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben, indem wir ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Und damit Politik für Frauen endlich als Querschnittsthema in allen Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Terrorserie in Neukölln

Die rechtsextreme Terrorserie in Neuköllen steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt, aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden. Noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das braucht unsere Hauptstadt-Polizei.

3. Bürger*innenräte in Berlin einführen

Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten

Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser

in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

5. Eine Willkommensbehörde für Berlin

Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde" das „Landesamt für Einwanderung" gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die Integrationsverwaltung übertragen werden. Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.